

Motion Zora Schneider (PdA)/Angela Falk/Tabea Rai (AL): Klimamassnahmen prioritär umsetzen; Begründungsbericht

Am 6. Juni 2019 hat der Stadtrat folgende Dringliche Motion Zora Schneider im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Der Klimawandel hat zu einer Klimakrise geführt. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind sich einig, dass unser Handeln in den nächsten zehn Jahren über die Zukunft der Menschheit entscheidet. Es ist Fakt: Umfassende Massnahmen müssen sofort ergriffen werden, um eine immer schlimmer werdende Klimakatastrophe zu verhindern. Das Ziel ist, die Erwärmung unter den im Pariser Klimaabkommen festgelegten 2 Grad Celsius zu halten. Denn sogar mit 1,5 Grad Klimaerwärmung kann in zehn Jahren ein Punkt erreicht werden, nach dem der Klimawandel ausser Kontrolle gerät und weitere Massnahmen nicht mehr greifen. Dies ist mit verheerenden Folgen für Natur und Menschheit verbunden. Angesichts der Schwere der Folgen und des Zeitdrucks ist unumgänglich, die Massnahmen gegen die Klimakrise nicht nur tatkräftig, sondern auch sofort umzusetzen – und deshalb auch, sie zu priorisieren. Die Stadt Bern kann und muss regional handeln, um dieses globale Problem anzugehen. Dazu hat sie bereits Pläne ausgearbeitet.

Deshalb bitten wir den Gemeinderat, die folgenden Forderungen als unterstützende Massnahmen zu betrachten und umzusetzen:

1. Massnahmen zum Klimaschutz müssen vom Gemeinderat priorisiert umgesetzt werden. In einem Bericht soll er zu den einzelnen Punkten seiner Klimastrategie darlegen, welche zusätzlichen Massnahmen er ergreifen will, um der gebotenen Dringlichkeit bei der Umsetzung gerecht zu werden.
2. Bei allen Geschäften soll ihre positive oder negative Wirkung auf den Klimawandel in der gemeinderätlichen Begründung zuhanden des Stadtrats abgewogen und beschrieben werden.

Bern, 28. März 2019

Erstunterzeichnende: Tabea Rai, Angela Falk, Zora Schneider

Mitunterzeichnende: Brigitte Hilty Haller, Anna Schmassmann, Franziska Grossenbacher, Ursina Anderegg, Lukas Gutzwiller, Patrik Wyss, Marcel Wüthrich, Manuel C. Widmer, Regula Tschanz, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Rahel Ruch, Regula Bühlmann, Seraina Patzen, Luzius Theiler

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat geht mit den Motionärinnen und Motionären einig, dass es höchste Zeit ist, dem Klimawandel effektiv und mit aller Kraft und griffigen Massnahmen entgegenzutreten. Er teilt die Meinung, dass zur Erreichung der Ziele des Klimaabkommens von Paris drastische Reduktionen von CO₂-Emissionen notwendig sind. Das Hauptziel des Übereinkommens von Paris ist es, die Klimaerwärmung gegenüber den vorindustriellen Werten auf deutlich unter 2°C zu beschränken und gleichzeitig die Anstrengungen zu verstärken, damit es maximal zu einer Erwärmung von 1.5°C kommt.

Der Gemeinderat setzt sich seit langer Zeit dafür ein, dass die Stadt Bern ihre CO₂-Emissionen deutlich reduziert. Verbindliche Ziele wurden in einem langen Prozess ausgearbeitet und die Stadtverwaltung übernimmt eine wichtige Vorbildrolle. Für die Erreichung der Ziele ist aber auch die Berner Bevölkerung und Wirtschaft gefragt. Mit der Erarbeitung des Klimareglements, welches vor kurzem

in der öffentlichen Vernehmlassung war, hat der Gemeinderat die Ziele der Energie- und Klimastrategie weiter ausgebaut und die neuen Vorgaben konkretisiert. Diese will er nun reglementarisch festlegen. Damit geht der Gemeinderat auch auf den Wunsch der Motionärinnen und Motionäre ein, Klimafragen prioritär anzugehen.

Mit dem Klimareglement werden wiederum langfristige Ziele festgelegt. Damit möchte der Gemeinderat Vertrauen sowie Planungs- und Investitionssicherheit schaffen. Diese Sicherheit und Verbindlichkeit ist wichtig, denn um die Energiewende zu schaffen sind grosse Investitionen nötig (zum Beispiel Ausbau Fernwärme), die geplant und umgesetzt werden müssen. Kurzfristige Zielverschärfungen führen aus Sicht des Gemeinderats nicht zu einem grösseren Erfolg. Die im Klimareglement festgelegten Ziele entsprechen den Forderungen von Paris. Wichtig ist es, gemeinsam mit den relevanten Akteuren Massnahmen zu entwerfen, die umgesetzt werden können. Nur so werden sich die gewünschten Erfolge auch einstellen.

Zu Punkt 1:

Der Gemeinderat hat sich für die Erstellung eines Klimareglements entschieden, um die Ziele von Paris in einem verbindlichen Absenkpfad festzulegen. Ziel ist es, die CO₂eq-Emissionen pro Kopf bis 2035 auf 1 Tonne zu senken. Gegenüber dem Controllingbericht von 2019 entspricht das einer Reduktion von 76 %, bis 2030 müssen die Emissionen bereits um mehr als 50 % abgenommen haben. Mit diesen Vorgaben hat der Gemeinderat bereits jetzt verbindliche Ziele definiert. Diese werden für den Absenkpfad der Energie- und Klimastrategie 2026 – 2035 verwendet. Die Arbeiten für die Erneuerung der Energie- und Klimastrategie starten Ende 2021. Dabei werden die bestehenden Massnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit beurteilt und neue Massnahmen unter Einbezug der relevanten Akteure entwickelt. Von der Ausarbeitung einer zusätzlichen Beurteilung wie von den Motionärinnen und Motionären gefordert, sieht der Gemeinderat auch aufgrund der vorhandenen Ressourcen ab.

Zu Punkt 2:

Die aktuell laufende Überarbeitung des IAFP wird zu Neuerungen führen. Aus Sicht des Gemeinderats ist es wichtig, dass sich die Stadt der Nachhaltigkeit verpflichtet und dieses Vorhaben nicht nur mit der Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung vorantreibt, sondern auch bei der Finanzierung von Projekten berücksichtigt. Aus diesem Grund laufen zurzeit Diskussionen, wie die Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung zielführend in die Überarbeitung des IAFP mit einfließen kann. Der Gemeinderat ist grundsätzlich der Meinung, dass die Mittel der Stadt Bern gesamthaft nachhaltig eingesetzt werden sollen. Klimaschutzmassnahmen sind hier selbstverständlich ein sehr wichtiger Bestandteil, es gilt aber auch soziale und wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen, damit sich die Stadt weiterentwickeln kann.

Der Gemeinderat wird dem Stadtrat noch dieses Jahr das Klimareglement vorlegen. Bereits in der Version, welche in die öffentliche Vernehmlassung geschickt wurde, hat der Gemeinderat vorgeschlagen, dass Klimaschutzmassnahmen priorisiert angegangen werden sollen. Wenn es mehrere Möglichkeiten für die Erreichung eines Ziels gibt, wird sich der Gemeinderat dafür einsetzen, die klimafreundlichste Alternative auszuwählen. Der Gemeinderat priorisiert Klimaschutzmassnahmen bereits in wichtigen Instrumenten: In der «Strategie Nachhaltige Entwicklung Immobilien Verwaltungsvermögen Stadt Bern» ist festgehalten, dass bei Zielkonflikten Klimaschutzmassnahmen immer priorisiert werden.

Der Gemeinderat ist sich der Bedeutung einer klimafreundlichen Planung von Investitionen, Beschaffungen und Ausgaben der Finanzen bewusst. Er wird sich weiter stark für diese Prozesse einsetzen. Er ist sich ebenfalls bewusst, dass es sich um langfristige Prozesse handelt, welche aber selbstredend heute angegangen und mit langem Atem kontinuierlich umgesetzt werden müssen.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 26. Mai 2021

Der Gemeinderat